

www.bmwa.co.uk



- Artikel 87, Absatz 1 EG-Vertrag: Definition, generelles Beihilfenverbot.
- Artikel 87, Absätze 2 und 3 EG-Vertrag: Ausnahmetatbestände.
- Artikel 88, Absatz 3 EG-Vertrag: Verpflichtung zur ex-ante Notifikation, Stillhalteverpflichtung.

Definition



Tatbestandsmerkmale einer „Beihilfe“ gem. Art. 87, Abs.1 EGV:

- „Staatliche“ (im Sinne von „Öffentlichen“) Mittel,
- selektive Vorteilsgewährung,
- an im Wettbewerb stehende(s) Unternehmen,
- Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedsstaaten.

Definition



Unternehmen i. S. von 87 (1) EGV:

wirtschaftliche Tätigkeiten: (EuGH Judikatur zu Art. 50 EGV).

(vgl. dazu den neuen Gemeinschaftsrahmen für F&E&I Beihilfen (2006/C 323/01), Pkt. 3.1.:

Der Unternehmenscharakter hängt nicht von der Rechtsform (öffentlich-rechtl. oder nicht) auch nicht die Gewinnorientierung ab, sondern ob eine wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird, d.h. Waren oder DL auf einem bestimmten Markt gegen Entgelt angeboten werden.

Keine Beihilfe



Die öffentliche Finanzierung von „nicht-wirtschaftlichen“ Tätigkeiten - keine Beihilfe:

nicht-wirtschaftliche Tätigkeiten:

- Tätigkeiten, die per se dem Staat vorbehalten sind (Hoheitsverwaltung).
- Grundversorgungssysteme der sozialen Sicherheit.
- Nationale Bildungssysteme.
- Inhouse Aktivität (wirtschaftliche Einheit, die ausschließlich für den Staat tätig ist).
- F&E&I Beihilferahmen: vgl. Pkt. 3.1.1 die wesentlichen Tätigkeiten von öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen: Ausbildung, unabhängige F&E (inkl. Zusammenarbeitsprojekte), Verbreitung von Forschungsergebnissen.



Keine Beihilfe



✓ Keine Vorteilsgewährung, wenn marktkonforme Bedingungen:

Wenn z. B. öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen wirtschaftliche Tätigkeiten (Vermietung von Infrastruktur, Auftragsforschung, DL für gewerbliche Unternehmen) zu marktüblichen Bedingungen anbieten – keine Beihilfe. (Kostentrennung zur Vermeidung von Quersubventionierungen ist erforderlich, vgl. dazu neuer Beihilferahmen F&E&I, Pkt. 3.1.1. 1. Absatz).



Keine Beihilfe



✓ Keine Vorteilsgewährung:

wenn ein Unternehmen für die öffentliche Hand gegen ein marktkonformes Entgelt eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge, etwa Müllentsorgung) erbringt. Sind die sog. „Altmark Trans“ Kriterien erfüllt, dann keine Beihilfe.



Keine Beihilfe



✓ Keine Vorteilsgewährung, wenn Vorteil weiter gereicht wird:

Vgl. Beihilferahmen F&E&I, Pkt. 3.1.2., 2. Abs.
Wenn die FE bzw. Innovationsmittler nachweist, dass die staatliche Finanzierung an Endempfänger weitergegeben wurde. Die Beihilfe fällt beim Endbegünstigten an. (Vgl. dazu auch Entscheidung der EK N 558/2001).



Keine Beihilfe



- ✓ Wenn keine „*selektive*“ Begünstigung gegeben ist, wenn es sich um sog. **allgemeine Maßnahmen** handelt, von denen alle gleichermaßen begünstigt sind. Allgemeine Infrastrukturmaßnahmen, Großteil der Steuerregelungen.



Der Einsatz öffentlicher Mittel für Unternehmensbezogene Wirtschaftsförderung unterliegt grundsätzlich dem EU-Beihilfenrecht. Gem. Art. 88 (3) EGV besteht eine ex-ante Verpflichtung zur Notifikation gegenüber der Europäischen Kommission. Die Zusammensetzung der öffentlichen Mittel spielt dabei keine Rolle.

De minimis



Von der ex-ante Notifikationspflicht gegenüber der EK sind die sog. De minimis“ Förderungen ausgenommen.

Rechtsgrundlage:

Gruppenfreistellungsverordnung der EK

Nr. 1998/2006 vom 15.12.2006.

(ABl. L 379 vom 28.12.2006)



De minimis



- Anwendungsbereich alle Sektoren inkl. Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte und inkl. Verkehr (mit Ausnahme Erwerb von Fahrzeugen im Straßengüterverkehr).
- Neu vorgesehen: keine „De minimis“ für Unternehmen in Schwierigkeiten. (vgl. Art. 1, Abs. 1, lit. h).
- neu: Unterscheidung transparente / intransparente Beihilfeformen.



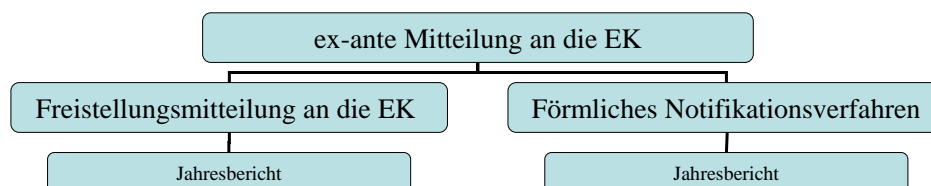
De minimis



- Grenzwerte: € 200.000.- pro Unternehmen innerhalb von 3 Jahren. Verkehrssektor: € 100.000.-.
- **Formalerfordernis:**
keine Meldepflicht gegenüber der EK, allerdings Verzeichnis der jeweiligen „De minimis“ Regelung in der innerstaatlichen Evidenzliste. Mitteilung an die Abt. C1/8, Koordination „EU-Beihilfenrecht“, BMWA.



Mitteilungspflichtige Beihilfenregelungen



Freistellungen



➤ Rechtsgrundlage:

Ratsverordnung Nr. 994/98 vom 7. Mai 1998
(ABl. L 142, 14.5.1998).

Dadurch wird die EK ermächtigt, bestimmte
Gruppen von Beihilfen freizustellen.



Freistellungsverordnungen



- ✓ Gruppenfreistellungsverordnung für **KMU-Beihilfen**: VO der EK Nr. 70/2001 vom 12.1.2001 (ABl. L 10 vom 13.1.2001), geändert durch die VO der EK Nr. 364/2004 vom 28.2.2004 (ABl. L 63 vom 28.2.2004).
- ✓ Gruppenfreistellungsverordnung für **Ausbildungsbeihilfen**: VO der EK Nr. 68/2001 vom 12.1.2001 (ABl. L 10 vom 13.1.2001).



Freistellungsverordnungen



- ✓ Gruppenfreistellungsverordnung für Beschäftigungsbeihilfen: VO der EK Nr. 2204/2002 vom 12.12.2002 (ABl.: L 337 vom 13.12.2002).
- ✓ Gruppenfreistellungsverordnung für Regionalbeihilfen: VO der EK Nr. 1628/2006 vom 24.10.2006 (ABl.: L 302 vom 24.10.2006).



Freistellungsverordnungen



Mit 1.7.2008 ist das Inkrafttreten einer neuen allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung vorgesehen, die sowohl die bestehenden Freistellungen zusammenfasst, als auch neue freistellungsfähige Fördertatbestände (Umwelt, F&E auch für Großbetriebe, u.a.) vorsieht.



Freistellungen



Formalerfordernis:

Binnen 20 Tagen muss die freizustellende Beihilfe bzw. Richtlinie der EK mitgeteilt werden.

Formblatt ausfüllen, wird im Wege der Koordinationsabteilung „EU-Beihilfenrecht“, C1/8 im BMWA der EK mitgeteilt. Plus Jahresbericht.



Förmliche Notifikationen



Beihilfen bzw. Förderungsrichtlinien, die nicht durch Freistellungsverordnungen abgedeckt sind, unterliegen der ex-ante Notifikationspflicht. Dürfen erst nach Genehmigung durch die EK gewährt werden. Formblätter ausfüllen, Notifikation via Koordinationsabteilung „EU-Beihilfenrecht“ C1/8, BMWA. Jahresberichte.



Notifikationspflichtige Beihilfen



- ✓ gem. Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation. (ABl. C 323 vom 30.12.2006).
- ✓ gem. Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikokapitalinvestitionen in KMU (ABl. C 194 vom 18.8.2006).

|

Notifikationspflichtige Beihilfen



- ✓ Gemeinschaftsrahmen für staatliche Umweltschutzbeihilfen (ABl. C 37 vom 3.2.2001).
Die neuen Leitlinien werden am 23.1.2008 förmlich beschlossen.

|

“Statistical Effect Regions“, die Ende 2009 ihren Status verlieren werden	20 %
Gebiete, die an ein „a“-Gebiet angrenzen	15 %
Gebiete mit niedriger Bevölkerungsdichte	15 %
„c“-Gebiete, die <u>eines der beiden</u> Kriterien erfüllen: Pro-Kopf-BIP \leq Ø EU-25 / Arbeitslosenquote \geq Ø EU-25	15 %
„c“-Gebiete, die <u>beide</u> Kriterien erfüllen: Pro-Kopf-BIP $>$ Ø EU-25 / Arbeitslosenquote $<$ Ø EU-25	10 %